

Ausschuss für Inneres und Sport
(70. Sitzung am 23. Januar 2020)

Beratungsthemen:

Vertraulicher Sitzungsteil

1. (zusätzlicher Tagesordnungspunkt)

Unterrichtung über ein aktuelles Ermittlungsverfahren

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Öffentlicher Sitzungsteil

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/5066](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: FDP, AfD

Enthaltung: GRÜNE

Der Ausschuss verzichtete auf eine Berichterstattung.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes und anderer Vorschriften**
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/2022](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums der - mitberatenden - Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen sowie für Haushalt und Finanzen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: FDP

Enthaltung: -

Der Ausschuss verzichtete auf eine Berichterstattung.

4. **Verbot der Hizb Allah und der ihr zuzurechnenden Vereine**
Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/5055](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

5. **Konsequentes Vorgehen gegen kriminelle Familien-Clans**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1521](#)

Der Ausschuss schloss die Mitberatung ab. Die Ausschussmitglieder kamen überein, dem federführenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen anstelle einer förmlichen Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift zu diesem Tagesordnungspunkt zur Verfügung zu stellen.

6. **Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Verhaftung des Kooperationsanwalts der deutschen Botschaft in Ankara“**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.